

Pressekonferenz Atlas der Zivilgesellschaft

Statement Dagmar Pruin, Präsidentin Brot für die Welt

Mittwoch, 3.5.2023 - *es gilt das gesprochene Wort*

Ich begrüße Sie herzlich zur Vorstellung unseres 6. Atlas der Zivilgesellschaft.

Zum 6. Mal tun wir damit etwas, was uns selbstverständlich vorkommt.

Brot für die Welt beleuchtet gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern, wo und wie die Zivilgesellschaft unter Druck gerät. Und Sie als Medienvertreterinnen und Medienvertreter können anschließend frei entscheiden, ob und was Sie daraus machen wollen.

Doch es ist alles andere als selbstverständlich, dass wir auf Missstände hinweisen und Sie darüber berichten können. Das zeigt dieser Atlas auf sehr eindrückliche Weise. Noch nie saßen laut Reporter ohne Grenzen so viele Medienschaffende im Gefängnis wie im vergangenen Jahr – mehr als 500 waren es - und das ist nur eine alarmierende Entwicklung unter vielen.

2022 war ein Jahr des Protests. Sie haben die Bilder noch vor Augen: Im Iran gingen Frauen ohne Kopfbedeckung auf die Straße. In Brasilien protestierten Indigene gegen die Abholzung ihrer Wälder und in Spanien, Peru, in Sri Lanka, Kasachstan oder Haiti gegen Misswirtschaft und steigende Preise.

Reagiert haben die Machthabenden in vielen Fällen gleich: Indem sie Polizei und Militär auf Demonstrierende und all jene, die über die Proteste berichteten, einfach einschlagen ließen. Sie veranlassten, Menschen in Haft zu nehmen, auch zu töten. Und sie versuchten, weitere Proteste zu verhindern, auch dies oft mit Gewalt, per Dekret – oder indem sie diese einfach nicht genehmigten.

Dies schlägt sich auch im CIVICUS Monitor nieder. Auf den stützen wir wie in den Jahren zuvor unsere globale Bestandsaufnahme der Handlungsräume der Zivilgesellschaft.

Sie sehen eine Weltkarte mit einem großen Ungleichgewicht. Menschen, die in dunkelgrünen Ländern leben – das sind die mit offenen Handlungsräumen – sind deutlich in der Minderheit. Es leben aktuell zwar etwas mehr Menschen als im vergangenen Jahr in Ländern, in denen Menschen ihre Meinung frei äußern oder sich versammeln können – nämlich 251 Millionen. Das entspricht rund drei Prozent der Weltbevölkerung.

Am anderen Ende des Spektrums bei den orangefarbenen, hell- und dunkelroten Ländern kommt man allerdings auf die unglaubliche Zahl von 6,7 Milliarden Menschen. Sie leben in Ländern mit beschränkten, unterdrückten oder geschlossenen Handlungsräumen. Das sind über 85 Prozent der Weltbevölkerung.

Aber auch die grünen Länder sind keine Paradiese der Freiheit. Auch in Deutschland zum Beispiel haben Justiz und Politik mindestens fragwürdige Entscheidungen getroffen gegen engagierte Menschen aus der Zivilgesellschaft.

Bei den dunkelroten Ländern findet sich ein Land zum ersten Mal in dieser Kategorie: Russland ist abgestiegen von den Ländern mit unterdrückter Zivilgesellschaft zu jenen mit geschlossener Zivilgesellschaft. Das liegt an mehreren Faktoren: Der Kreml geht seit Jahren systematisch gegen unabhängige NGOs und Aktivist:innen vor. Viele Journalist:innen sind mittlerweile im Exil. Unabhängige Medien im Exil wie die Internet-Zeitung Meduza werden zu „unerwünschten Organisationen“ erklärt. Und Proteste gegen die Regierung oder gar den Angriffskrieg werden ebenfalls per Gesetz unterbunden.

Aber es gibt auch gute Nachrichten: Die USA, Chile und Lettland haben sich verbessert. In den Vereinigten Staaten nach Präsident Trump wurden die Gewerkschaften gestärkt. In Chile lässt der junge Präsident Gabriel Boric zivilgesellschaftliche Akteure an einer neuen Verfassung mitarbeiten. Und in Lettland bezieht die Regierung bei ihren Entscheidungen die Zivilgesellschaft stärker mit ein, zum Beispiel über ein Online-Portal für Konsultationen.

Die politische Realität lässt sich verändern. Doch es braucht dafür eine starke Zivilgesellschaft, die sich nicht einschüchtern lässt, und mutige Entscheidungsträger:innen.

Wie schwierig und mitunter gefährlich das geworden ist, beleuchten wir in unserem diesjährigen Schwerpunkt. Wir haben ihn überschrieben mit „Gefährlicher Beistand – Schwerpunkt Migration“. Er beschäftigt sich mit jenen Menschen, die sich für Geflüchtete und Migrant:innen einsetzen. Beim Thema Migration wird am sichtbarsten, wie die Zivilgesellschaft zunehmend unter Druck gerät.

Auf 20 Seiten illustriert der Atlas eine alarmierende Entwicklung: Wer sich für Menschen einsetzt, die Schutz und Unterstützung am dringendsten brauchen, wird kriminalisiert, an der Arbeit gehindert oder bedroht. Der Instrumentenkasten, aus dem sich sowohl Regierungen als auch Kriminelle bedienen können, ist in den vergangenen Jahren immer größer geworden.

So berichtet unsere Partnerin Adelina Vásquez, die Direktorin einer Flüchtlingsorganisation in Honduras, dass ihre Mitarbeitenden bedroht werden. Man sagt ihnen: „Steckt eure Nase nicht in solche Angelegenheiten.“ Eine wirksame Drohung. NGOs können solchem Druck oft nicht standhalten und stellen ihre Arbeit ein oder reduzieren ihre Aktivitäten. Und: Viele Regierungen halten Mitarbeitende von NGOs davon ab, sich zum Beispiel in Lagern oder in Grenzgebieten selbst ein Bild von der Lage zu machen. So ist es zum Beispiel in Polen passiert: Die Regierung hatte einen bis zu 10 Kilometer breiten Streifen vor der Grenze zu Belarus zum Sperrgebiet erklärt. Weder Medien noch NGOs oder das UN- Flüchtlingswerk durften

die „Emergency Zone“ betretenen. Im darauffolgenden Winter sind knapp 30 Menschen gestorben. Ein vergleichbares Bild ergibt sich bei der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer: Nach unseren Recherchen wurden seit 2016 Rettungsschiffe insgesamt über 1.000 Wochen blockiert – das entspricht fast einem Drittel der möglichen Einsatzwochen. Die eindrucksvolle Grafik zu dieser Recherche finden Sie auf Seite 43 im Atlas.

Der Tod dient als Abschreckung. Es ist ein zynisches Spiel mit Menschenleben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.